

DER MACHT DIE STIRN BIETEN: JOURNALISTISCHE ETHIK INMITTEN VON SCHWEIGEN UND LÜGEN

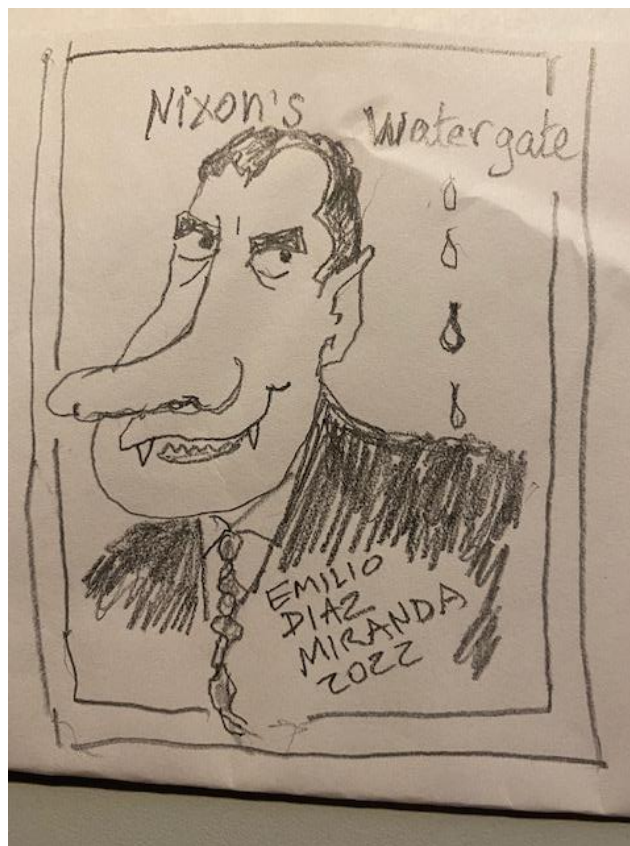
(In Erinnerung an die Journalisten Bob Woodward und Carl Bernstein)

ARTIKEL von EMILIO DÍAZ MIRANDA

Während sich desinformierende Lügen verbreiten, scheint die Wahrheit durchzusickern...
Verborgene Wahrheit und Verbrechen sind die Geschichte, die sich seit Kain und Abel wiederholt.

Kürzlich bat mich eine Bekannte, ihr meine Artikel nicht zu schicken. Sie fühlte sich "bombardiert". Seltsamerweise fühlte sie sich nicht von Fernsehen und Radio bombardiert, die die "Nachrichten" offiziell von der etablierten Macht, der sichtbaren Macht auf Regierungsebene und der versteckten Macht in den Präsidien der Banken, Monopole und "informativen" Medien "transportierten und transportieren". Wenn manche Menschen mit dem Strom der Massen und der offiziellen Medien schwimmen, fühlen sich viele wohl. Sie müssen nicht für sich selbst denken und sich nicht mit der Mehrheit der Herde auseinandersetzen.

Dies geschieht täglich, in der einen oder anderen Form, überall auf der Welt. Sicherlich in "demokratischen" Ländern in einer subtileren und raffinierteren Form als in brutalen autoritären Formen. Deshalb sind russische Journalisten nach Spanien gekommen, wie Inna Afinogenova, die nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine RT (Russia Today) verlassen hat. Diese junge Russin hat sich den PÚBLICO-Medien angeschlossen.



Karikatur von Nixon's Watergate;
© Emilio Díaz Miranda

DER FALL WATERGATE

Vor fast 50 Jahren gab der damals neu gewählte Richard Nixon seinen Rücktritt bekannt. Er wurde am 8. August 1974 angekündigt und einen Tag später, am 9. August, in einem Brief an Außenminister Henry Kissinger wirksam: "Ich trete hiermit als Präsident der Vereinigten Staaten zurück". Minuten später übernahm Vizepräsident Gerald Ford in einer wohlüberlegten und gut arrangierten Zeremonie das vakante Amt.

Für die amerikanischen Wähler war das ein Schock. Der überraschende Rücktritt war jedoch der Höhepunkt eines Prozesses, der fast zwei Jahre zuvor, am 17. Juni 1972 - fünf Monate vor den Präsidentschaftswahlen, bei denen Nixon wiedergewählt wurde - begonnen hatte, als fünf Personen in den Wahlbüros der Demokratischen Partei festgenommen wurden. Ich erinnere mich, dass man zunächst dachte, es handele sich um einen Raubüberfall wie jeden anderen. Nach und nach wurde bekannt, dass die Häftlinge mit der CIA zusammenarbeiteten und überzeugte Antikommunisten waren.



BOB WOODWARD + CARL BERNSTEIN, WASHINGTON POST, gespielt von Robert Redford und Dustin Hoffman

Die journalistische Neugier der beiden jungen Reporter der Washington Post, Bob Woodward und Carl Bernstein, veranlasste sie zu Nachforschungen, als sie erfuhren, dass James McCord Jr. behauptete, ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter zu sein. Die beiden Journalisten verbrachten Nächte in den Wohnungen von Mitarbeitern der Nixon-Wiederwahlkampagne und entdeckten, dass das Geld, das die Polizei bei den verhafteten Anti-Castro-Anhängern beschlagnahmt hatte, aus Geldspenden der Nixon-Wiederwahlkampagne stammte. (ALLES WURDE GRÜNDLICH GEFILMT UND MIT 8 OSCARS IN HOLLYWOOD GEKRÖNT).

Zwei der von den Journalisten befragten Personen waren Beamte, die sich über die unrechtmäßige Verwendung von Wahlkampfgeldern empörten. Sie enthüllten einige wichtige Informationen, und die beiden Journalisten stießen auf eine Quelle, die mehr als 30 Jahre lang anonym geblieben war, den stellvertretenden FBI-Direktor Mark Felt, der zwar keine neuen Informationen preisgab, aber vieles von dem bestätigte, was die Journalisten erfahren hatten, und ihnen half, die Ermittlungen fortzusetzen. Diese "Quelle" wurde Deep Throat genannt. Nixon war wiedergewählt worden, und während seiner zweiten Amtszeit tat er sein Bestes, um die Washington Post, die als einziges Medium den Watergate-Fall verfolgte, zum Schweigen zu bringen bzw. ihren Einfluss zu verringern, indem er versuchte, ihn zu ignorieren und Informationen zu unterbinden. Die Post wurde zunehmend von der Regierungsmacht isoliert. Die Ermittlungen wurden jedoch nicht eingestellt, und es kamen immer mehr Informationen über die Spionagestrategien ans Licht, die das Weiße Haus gegen fast jeden einsetzte, den es für verdächtig hielt.

DER BRIEF UND DIE ANGST

Als das Urteil gesprochen wurde, schien alles vorbei zu sein. Einer der Verurteilten, James McCord, schrieb einen Brief an den Richter. McCord stand erneut im Mittelpunkt, als der ehemalige CIA-Agent, der für die Republikaner spionierte hatte, in einem Schreiben an den Richter behauptete, er habe einen Meineid geleistet und alle Angeklagten seien unter Druck gesetzt worden, sich schuldig zu bekennen und zu schweigen, so dass er und seine Familie nun um ihr Leben fürchteten. Die Angst war berechtigt. Der Brief war für die Journalisten der Washington Post wie das Licht am Ende des Tunnels. Ein Tunnel, durch den sie bis dahin allein gegangen waren. Von da an wurden die übrigen Medien, die die Washington Post trotz des Skandals in ihrem Kreuzzug gegen den Staatschef allein gelassen hatten, alarmiert. Der Senat setzte daraufhin einen Untersuchungsausschuss ein, und von da an folgten die Rücktritte der Männer des Präsidenten auf dem Fuße, Rücktritte, die nicht mehr aufhörten, bis sie den mächtigen Zyniker Richard Nixon selbst erreichten.

Die kubanischen "Klempner" haben während des Prozesses koordiniert gehandelt. Von links nach rechts: Virgilio Gonzalez, Frank Sturgis, Rechtsanwalt Henry Rothblatt, Bernard Barker und Eugenio Martinez.



Los Klempner - Plomeros del Watergate)

Vier von ihnen hatten Verbindungen zu Kuba: Bernard Barker, Eugenio Martinez und Virgilio Gonzalez waren auf der Insel geboren und in die Vereinigten Staaten verbannt worden, während Frank Sturgis ein Amerikaner war, der jahrzehntlang an verdeckten Operationen gegen Fidel Castro beteiligt war.

Der fünfte, James W. McCord, der Autor des Briefes, war ein Experte für elektronische Abhörmaßnahmen, der für die CIA gearbeitet hatte und dann Sicherheitskoordinator für Nixons Wahlkampfteam war.

Sturgis und die Anti-Castro-Kubaner waren Teil einer vom Weißen Haus organisierten parallelen Polizeitruppe, die erst durch eine journalistische Untersuchung aufgedeckt wurde und zum Rücktritt des damaligen Präsidenten Nixon führte.

Einer der in den Watergate-Skandal verwickelten Personen wurde von einem ehemaligen amerikanischen Spion beschuldigt, einer der Urheber der Schüsse auf Präsident Kennedy zu sein. Frank Sturgis, der in der Vergangenheit Kontakte zur Mafia und zu Anti-Castro-Gruppen unterhielt, wurde nach Angaben der New York Daily News von der ehemaligen Spionin Marita

Lorenz, die um ihr eigenes Leben fürchtete und von Sturgis bedroht wurde, vor dem Kongressausschuss angeklagt, der die Ermordung von Präsident Kennedy untersuchte.

Obwohl Nixon als Chef der Exekutive zunächst versuchte, seine Mitarbeiter an der Aussage zu hindern, wurden Mitglieder des Weißen Hauses später vom Senatsausschuss befragt. Diese Verhöre waren aus zwei Gründen von entscheidender Bedeutung: Sie belasteten Nixon direkt, und es wurde aufgedeckt, dass der Präsident im Oval Office Aufnahmegeräte installiert hatte, um alle Gespräche im Raum aufzuzeichnen. Sein Misstrauen und seine Besessenheit von absoluter, persönlicher Kontrolle waren ihre eigene Falle.

Am 5. August 1974 kam eine wichtige Aufnahme ans Licht, in der Nixon mit seinem damaligen Stabschef H.R. Haldeman sprach und die Einstellung der Untersuchung der Ereignisse anordnete. Unter dem Druck des Kongresses, der ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Parteichef der Republikaner vorbereitete, stürzte der Präsident, bereitete seinen Vizepräsidenten Ford vor und beschloss schließlich, vor die Kameras zu treten und seinen Rücktritt zu erklären.

FELIPE GONZÁLEZ UND DER ZEN-PLAN

Im Juni 1983 kündigte der damalige PSOE-Minister José Barrionuevo vor dem Abgeordnetenhaus einen geheimen Plan zur Sicherheit der Bürger an, den die Regierung auf die autonomen Gemeinschaften Euskadi und Navarra anwenden wollte. Der Plan ZEN war als Handbuch zur Terrorismusbekämpfung konzipiert und wurde Andrés Cassinello zugeschrieben, einem französischstämmigen Offizier, der den Geheimdienst leitete und auf dem Stützpunkt Fort Bragg Methoden der Aufstandsbekämpfung erlernt hatte, darunter auch solche, die dem von den Vereinigten Staaten gegen den Vietcong eingesetzten Terrorismus ähnelten.

Das Inkrafttreten des ZEN-Plans fiel mit dem Auftreten einer neuen Bürgerwehr zusammen, die 27 Menschen tötete. Am 16. Oktober 1983 entführte, folterte und ermordete ein Kommando von Zivilgardisten Joxean Lasa und Joxi Zabala. Zwei Tage später versuchten vier Polizisten, José María Larretxea in Hendaye zu entführen. Die Angriffe der terroristische GAL gingen von da an weiter.

Der ZEN-Plan sah eine polizeiliche Strategie gegen die ETA vor, verbunden mit einer angeblich parallelen Therapie von "psychologischen Maßnahmen" gegen die baskische Bevölkerung. Sie zielte darauf ab, ein für die Interessen des Staates günstiges Klima zu schaffen, einschließlich der Verbreitung von Falschnachrichten. "Es reicht aus, dass die Informationen glaubwürdig sind, um sie zu nutzen". Die damalige Regierung von Felipe González unterstellte dem Feind ein Repertoire an Todsünden, das ihn in Misskredit brachte. Sie wies nachdrücklich auf "ihre fremden Ideologien, ihre schmutzigen Geschäfte, ihre verachtenswerten und verwerflichen Sitten" hin.

AZNAR AN DER MACHT

Als José María Aznar und die Volkspartei (PP) die Parlamentswahlen 1996 gewannen, aber keine absolute Mehrheit erreichten, wurde Aznar mit Unterstützung der nationalistischen Parteien Kataloniens (CiU, mit dem Majestic-Pakt), des Baskenlandes (EAJ-PNV) und der Kanarischen Inseln (CC) zum Regierungspräsidenten ernannt. Zwischen 1996 und 2000 zeichnete sich seine Regierung durch die Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaft aus, während sie gleichzeitig die Staatsausgaben kürzte und mehrere staatliche Unternehmen in strategischen Sektoren privatisierte, d. h. Staatseigentum von allen Spaniern in private Hände überführte. Praktisch ein Geschenk, das an private befreundeten Unternehmen weitergegeben wird. Seine Regierung musste sich mit der Ermordung von Miguel Angel Blanco durch die ETA auseinandersetzen, die die spanische Gesellschaft erschütterte - obwohl die Regierung

Aznar zwischen 1998 und 1999 mit der ETA verhandelte. Aznar und seine Partei sprachen später anderen Regierungen das Recht ab, so wie sie mit der ETA zu verhandeln, und beschuldigten sie des Verrats. Unter Aznar hat Spanien auch seine Integration in die NATO-Struktur verstärkt.

In dieser Zeit wurden hochrangige PSOE-Führer zur Rechenschaft gezogen. Die Rache der spanischen Rechten fiel mit Wut auf die besiegte Sozialdemokratie.

Im Juli 1998 fällte die Zweite Kammer des Obersten Gerichtshofs das Urteil für die Entführung von Segundo Marey vor 15 Jahren in Frankreich und verurteilte den ehemaligen Innenminister José Barrionuevo und den ehemaligen Generaldirektor für Staatssicherheit Rafael Vera wegen Entführung und Veruntreuung zu zehn Jahren Haft. Für die Verurteilung der hochrangigen Innenbeamten aus der sozialistischen Zeit stimmten 7 der 11 Richter der Zweiten Kammer. Die anderen vier sprachen Barrionuevo und Vera im Gegensatz zu ihren Kollegen im Plenarsaal aus Mangel an Beweisen frei. Die PSOE reagierte, indem sie sich den juristischen Argumenten dieser Richter anschloss. Für die Verurteilten wird die Haft bis September aufgeschoben. Die Diskussionen der Richter konzentrierten sich auf die Frage, ob es Beweise gegen die Angeklagten gibt oder nicht, und nicht auf Fragen wie die Verjährung oder die von Richter Baltasar Garzón durchgeführten Ermittlungen. Ein Richter, der Jahre später seinerseits von Anhängern der Volkspartei verfolgt werden sollte.

Die zweite Amtszeit von AZNAR als Regierungschef war durch die absolute Mehrheit bei den Wahlen im Jahr 2000 gekennzeichnet. Auf internationaler Ebene näherte sich Spanien den Vereinigten Staaten an, insbesondere nach dem Beginn der Amtszeit von George W. Bush, der den so genannten "Krieg gegen den Terror" und die Invasion in Afghanistan unterstützte. Im Jahr 2002 sahen sich Aznar und seine Regierung mit der Prestige-Katastrophe konfrontiert, einer Ölpest in Galicien, dem einstigen Wahlkampfgebiet der PP. Der Unfall betraf 2.000 Kilometer spanische, französische und portugiesische Küste. Aznar wurde für seine Miswirtschaft scharf kritisiert, während er gleichzeitig mit Demonstrationen gegen die bevorstehende Invasion im Irak konfrontiert war, die ohne UN-Resolutionen erfolgte und von der spanischen Öffentlichkeit weitgehend abgelehnt wurde.

Vor den Wahlen 2004 sprengte eine islamistische dschihadistische Zelle, die sie sich durch die staatliche Unterstützung der spanischen Regierung für die US-Militärinvasionen im Irak und in Afghanistan motiviert war, in vier koordinierten Anschlägen an verschiedenen Vorortbahnhöfen in Madrid zehn mit Sprengstoff beladene Rucksäcke in die Luft. Aznar lenkte von seiner Verantwortung ab und beschuldigte die ETA, der Urheber des Anschlags zu sein, und hielt diese Hypothese aufrecht, da er sich um den Verlust von Wählerstimmen sorgte, den ein islamistischer Anschlag nach sich ziehen könnte. Am Ende verlor die Volkspartei die Wahlen, Die PSOE von Zapatero hat gewonnen. Die öffentliche Meinung war, dass die Regierung Aznar absichtlich gelogen hatte.

15-M UND PODEMOS

Um 2011 organisierten sich überall im Spanien Gruppen junger Männer und Frauen, um zu ändern, was seit dem PSEUDO-Übergang zur Demokratie von Suárez und seinen Leuten unbeweglich geblieben war. Diese fast aufständische, aber friedliche Protestbewegung wurde 15M genannt, aus der Parteien und Bewegungen hervorgingen. Auf den Straßen herrschte Begeisterung über die Möglichkeit eines Wandels.

Das Nebenprodukt von 15M war die Gruppe PODEMOS mit Pablo Iglesias. Natürlich griffen wirtschaftliche, politische und andere Kräfte ein, um den Vormarsch zu stoppen, der zwar schnell gestoppt wurde, aber ohne die Beteiligung der Medien unmöglich war. Die Aufgabe, Iglesias und Podemos zu bremsen oder zu zerstören, wäre gescheitert, wenn sie nicht eine

Sendepattform wie die von Ferreras geleiteten Sendungen auf La Sexta gehabt hätte. Eine intensive und gezielte Kampagne der "desinformativen" Diffamierung würde dem Aufstieg von Podemos zur ersten Wahlmacht ein Ende setzen aber dennoch würde zum ersten Mal in der modernen Geschichte Spaniens eine sozial-kommunistische Regierung zustande kommen.

FERRERAS-GATE ODER EINE ZUCKERHALTIGE INDA

Die Jahre sind vergangen und das gesellschaftspolitische Szenario hat sich verändert, aber die Formeln des Medienrausches wurden wiederbelebt, wie bei der Operation Katalonien und dem schmutzigen Krieg gegen Podemos.

Es ist kein Zufall, dass in den Audios, die den Polizisten Villarejo und den Journalisten Ferreras belasten, ein hochrangiges Mitglied der Anti-Terrorismus-Bekämpfung, José Luis Olivera, mit einem aufschlussreichen Satz hereinplatzte: "Es ist nicht sehr kostspielig, Pablo Iglesias eine Rechnung von vor fünf Jahren zu stellen und sie dann erklären zu lassen".

Goebbels tritt nicht als Referent von Inda auf - ewiger Gast im Programm von La Sexta, wo Inda ununterbrochen große Tiraden gegen Maduros Venezuela ausstieß und ohne Beweise versicherte, dass Pablo Iglesias beteiligt war. Die Falschmeldung über Maduros Geld auf den Grenadinen stammt aus dem halb begrabenen Plan ZEN: falsche, aber glaubwürdige Informationen, die auf schmutzigen Geschäften und ausländischen Ideologien basieren.

Aufgrund der bewussten Rolle, die der La Sexta-Journalist Ferreras gespielt hat, wurde in Madrid bei Temperaturen von 40° Celsius von einem Ferreras-Gate gesprochen. Ferrerasgate erinnert uns an die Rolle von Fernsehen und Zeitungen bei der Meinungsbildung. Vor hundert Jahren erklärte der Journalist Walter Lippmann, dass die Medien unsere Wahrnehmung der Welt so sehr prägen, dass die öffentliche Meinung nicht davon abhängt, wie wir die Realität sehen, sondern davon, wie sie uns dargestellt wird. "Konsensbildung", so der Veteran Lippmann, sei eine alte Kunst, die mit dem Aufkommen der Demokratie hätte sterben müssen, die aber unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit ihre Verfahren perfektioniert habe.

In diesen Tagen des Skandals spricht Ana Pardo de Vera, Journalistin und Direktorin, darüber, dass sie, wenn sie Direktorin von Atresmedia, Grupo Planeta oder ähnlichem wäre, Ferreras "aus einer kalten und pragmatischen Geschäftsstrategie heraus" zum Gehen zwingen würde. Ana Pardo denkt vom Standpunkt der journalistischen Ethik aus, aber das Spiel mit den Lügen und dem informativen Schweigen hat mehr mit einer politischen Machtstrategie zu tun und nichts mit journalistischer Ethik.